

Zürich, 11. Juni 2001

KR-Nr. 180/2001

POSTULAT von Claudia Balocco (SP, Zürich) und Emy Lalli (SP, Zürich)

betreffend Massnahmen zur Senkung der anhaltend hohen Zahl von Sozialhilfebezügerinnen und –bezüger im Kanton Zürich

Der Regierungsrat wird eingeladen, Massnahmen aufzuzeigen und zu ergreifen, welche Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger mittelfristig von der Sozialhilfe abzulösen vermögen.

Claudia Balocco
Emy Lalli

Begründung:

Die Armut im Kanton Zürich hat zugenommen. Dies zeigen verschiedene Studien des Bundesamtes für Statistik und des Statistischen Amtes des Kantons Zürich. Im Kanton Zürich bezogen gemäss Sozialbericht 1999 5,6 % der Bevölkerung Sozialleistungen. Davon entfallen fast die Hälfte, nämlich 2 %, auf die Sozialhilfe. Die Nettoleistungen der Sozialhilfe haben sich seit 1990 bei einem Anstieg von 400 % praktisch verfünffacht - die Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger stieg von 15'000 auf 25'000 Menschen an. Es waren hauptsächlich berufliche oder wirtschaftliche Probleme und etwas weniger ausgeprägt familiäre Umstände, die gemäss Sozialbericht zum Bezug von Sozialhilfe führten.

Die Anzahl der Sozialhilfebezügerinnen und –bezüger verringert sich also trotz Wirtschaftsaufschwung, Rückgang der Erwerbslosigkeit und ausgetrocknetem Stellenmarkt nur unwesentlich. Entgegen der Absicht des Gesetzgebers, wonach Sozialhilfe eine vorübergehende, gezielte Hilfe im Einzelfall sein sollte, wird sie für viele Menschen zur beengenden Dauerlösung, die keinen Raum für eigenverantwortliche Entscheidungen mehr lässt. Die Betroffenen werden von der Sozialhilfe abhängig. Dies ist nicht richtig.

Der Regierungsrat wird aufgefordert, dieser entwürdigenden Situation entgegenzusteuern und mit geeigneten Massnahmen dafür zu sorgen, dass diese Menschen wieder in eine geordnete, finanziell stabile Lage gelangen können, die ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Dies bedeutet einerseits, bei den Working Poor anzusetzen, welche trotz vollem Arbeitspensum ihr Existenzminimum nicht decken können. Ausserdem müssen Familien und Alleinerziehende stärker unterstützt und finanziell gezielt entlastet werden. Denkbar sind zum Beispiel die Einführung bedarfsabhängiger Zulagen zur Existenzsicherung von Familien, Steuerbefreiung für Einkommen unter dem Existenzminimum etc..